

**Die Rolle der politischen Parteien
OSZE Konferenz in Warschau in der Zeit vom 18. bis 20. Mai 2011**

In der Zeit vom 18 bis 20 Mai 2011 fand in Warschau eine große Konferenz der OSZE zur Rolle der politischen Parteien statt. Diese wurde in die 6 OSZE Sprachen (englisch, französisch, deutsch, russisch, spanisch und italienisch) simultan übersetzt. An dieser Tagung nahmen auch der Präsident und die Vize-Präsidentin des *Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen* teil. Dr Zögernitz und Dr Sully gaben in den ersten drei Workshops Stellungnahmen ab:

Arbeitskreis I

Political Parties and OSCE Commitments

Dr Zögernitz (deutsch)

Dr Sully (englisch)

http://www.osce.org/event/hds_2011?view=conference_documents&display=page_4&arg=76492&session=77530

Arbeitskreis II

Political Parties and Women

Dr Sully (englisch)

http://www.osce.org/event/hds_2011?view=conference_documents&display=page_4&arg=76492&session=77531

Arbeitskreis III:

Regulations regarding political parties in national legislation

Dr Zögernitz (deutsch)

Einer der wichtigsten Faktoren für den dauerhaften Bestand der in einer Demokratie so wichtigen politischen Parteien stellt deren Finanzierung dar.

Dabei gibt es im Wesentlichen die private Finanzierung, z.B. durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, eigene Einkünfte und Kreditaufnahmen, sowie die staatliche Förderung. Letztere besteht aus direkten und indirekten Zuwendungen sowie aus den öffentlichen Bezügen für die Funktionsträger.

Bei der Finanzierung der politischen Parteien sind einerseits Kontrolle und Transparenz von großer Bedeutung, andererseits auch das Ansehen der politischen Parteien, das sie beim Bürger genießen.

So wird beispielsweise manchmal die Frage nach den Kosten der Demokratie und der Politik gestellt. Hierzu sei zunächst ein Urteil des deutschen Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahr 1966 erwähnt, das die Berechtigung und die Höhe der Parteienfinanzierung geprüft hat. Es hat dabei die Kriterien „notwendig“ und „angemessen“ als wichtig erachtet. Zu diesen beiden Begriffen stellte der deutsche Politologe Nassmacher ua fest: „Notwendig ist, was die Demokratie zum Funktionieren braucht, angemessen ist, was Bürger bereit sind, zu bezahlen“. Bei der Frage, was die Bürger für angemessen halten, wird es darauf ankommen, für wie wichtig und funktionstüchtig sie Regierung und Parlament einschätzen; ferner darauf, wie sich das Image von Politik und Politikern darstellt.

Für die Transparenz bei der Parteienfinanzierung wurden unter anderem vom Europarat (GRECO) entsprechende – allerdings unverbindliche – Richtlinien aufgestellt und deren Einhaltung in den einzelnen Ländern überprüft.

Dem österreichischen Parteiensystem steht eine solche Prüfung durch die GRECO unmittelbar bevor.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass die öffentliche Parteienfinanzierung weniger korruptionsanfällig ist als die private. Voraussetzungen hierfür sind allerdings strenge Prüfungsmaßstäbe und laufende Überprüfungen.

Eine besondere Form der Finanzierung von Parteien und ihrer Funktionäre stellen beispielsweise die öffentlichen Bezüge und vielfach auch die Pensionen der Politiker dar. Hier sind die staatlichen Regelungen unterschiedlich. So gibt es Länder mit eigenen Pensionssystemen für politische Funktionsträger und solche ohne eine eigene gesetzlich vorgesehene Politikerpension. Zu letzteren zählt beispielsweise seit 1997 auch Österreich.

Da man bei der Bewertung der Höhe beide Faktoren, nämlich die aktiven Politikerbezüge und allfällige Pensionen berücksichtigen muss, wäre es wohl notwendig, bei einem Ländervergleich beides zu beachten. Es kann durchaus vorkommen, dass beispielsweise die Aktivbezüge relativ hoch sind, hingegen für den Steuerzahler keine Pensionskosten für Politiker anfallen. Hingegen kann es wieder Länder geben, bei denen die Aktivbezüge relativ bescheiden sind, allerdings eigene Politikerpensionen gesetzlich vorgesehen wurden.

Während Ländervergleiche hinsichtlich Aktivbezüge sporadisch vorhanden sind, ist ein Vergleich der Politikerpensionen in den einzelnen Staaten kaum möglich, da die entsprechenden Unterlagen fehlen.